



+++ Luftreinhalteplan: Stadtrat muss das letzte Wort haben +++ Umweltzone: kein geeignetes Instrument für Leipzig +++ Aktionsbündnis gegründet +++

Zum öffentlich heiß diskutierten Thema Umweltzone bringt die CDU-Fraktion zwei Anträge in die Ratssitzung am 26. August ein. Dabei geht es zum einen gegen die von der Verwaltung angestrebte Verfahrensweise, den Rat bei diesem wichtigen Thema außen vor zu lassen, zum anderen um die wirtschaftlichen Folgen einer Umweltzone in Leipzig und Alternativen dazu.

Stadtrat darf nicht außen vor bleiben

Dieser Antrag zielt darauf ab, den vom Gesetzgeber geforderten Luftreinhalteplan, dessen Bestandteil die von der Verwaltung geplante Umweltzone ist, vom Stadtrat und nicht nur von der Verwaltungsspitze beschließen zu lassen.



Peggy Liebscher
Stv. Fraktionsvorsitzende

Stadträtin **Peggy Liebscher** begründet dieses Anliegen so: „Nach Gemeindeordnung entscheidet der Rat grundsätzlich über alle wichtigen Angelegenheiten der Gemeinde. Gegen diese Allgemeinzu-

ständigkeit verstößt der Umweltbürgermeister, wenn er die Entscheidung über den Luftreinhalteplan allein der Verwaltung vorbehalten will. Eine solche Entmündigung nehmen wir als CDU-Stadträte nicht hin. Der Luftreinhalteplan ist eine ganz wesentliche Angelegenheit der Stadt, die eine Vielzahl von Bürgern und die gesamte Leipziger Wirtschaft betrifft und die somit natürlich eine Befassung des Stadtrates politisch erfordert.“

Luftreinhalteplan darf keine wirtschaftlichen Existenzen gefährden !

Dieser Antrag hat folgenden Inhalt:

Die Maßnahmen des Luftreinhalteplanes dürfen niemanden in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährden. Aufgrund der objektiven Gegebenheiten in Stadt und Region Leipzig ist diese Bedingung bei Einrichtung einer Umweltzone jedoch nicht erfüllbar. Die Umweltzone wird daher nicht eingeführt. Stattdessen erarbeitet die Stadtverwaltung ein Maßnahmenpaket, das die Einhaltung der Grenzwerte für Luftschadstoffe wirtschaftlich verträglicher und verlässlich garantiert. Dazu gehören Investitionen in einen flüssigeren Verkehr und ein dynamisches System zur örtlich gezielten Verkehrsentslastung bei drohender Grenzwertverletzung.

Dazu Stadträtin **Dr. Sabine Heymann:**

„Ein großer Teil des Fuhrparks der Leipziger Wirtschaft erfüllt derzeit nicht die Bedingungen der grünen Plakette. Viele dieser Fahrzeuge sind, technisch bedingt, auch nicht mit Filtern nachrüstbar. Diese Firmen wären damit zur Neuanschaffung gezwungen. Für finanzschwache Unternehmen und Gewerbetreibende, gerade in der derzeitigen Wirtschaftskrise, wäre dies eine schwerwiegende wirtschaftliche Härte. Betroffen sind nicht nur in Leipzig ansässige Firmen, sondern auch Unternehmen aus dem Umland, bis hin zu den Bauern, die unsere Wochenmärkte bestücken. Die Zwangsstilllegung tausender Fahrzeuge wäre ein Rundumschlag gegen den Mittelstand und ist mit uns nicht zu machen !“



Dr. Sabine Heymann

Ein abschließender und zweifelsfreier Nachweis über die Wirksamkeit von Umweltzonen konnte



bisher noch nicht erbracht werden. Deutschlandweit war im Jahr 2008 eine weitere Senkung der Feinstaubbelastung zu verzeichnen, vor allem infolge günstiger Wetterbedingungen, aber auch aufgrund der sukzessiven Modernisierung des Fahrzeugbestandes. Eine sinkende Belastung gibt es auch bei Stickoxiden, neben Feinstaub das zweite Thema der Luftreinhaltepläne.



**Die neue Eintrittskarte
 in die Stadt Leipzig ?**

Dr. Heymann kritisiert: „Mit der Umweltzone wird letztlich ein Weg eingeschlagen, der in Prognoserechnungen die Einhaltung gesetzlicher Grenzwerte ver-

spricht, von der Stadtverwaltung vor allem aber aus

finanziellen Gründen bevorzugt wird: die Einrichtung einer solchen Zone kostet weniger als alternative Maßnahmen, etwa Investitionen in einen flüssigeren Verkehr. Solche Alternativen wurden nicht ernsthaft genug geprüft.. Mit Experten des Leipziger Umweltforschungszentrums bin ich mir darin einig, dass die Messung an zwei Extrempunkten der Stadt nicht die Grundlage für die Bestrafung einer ganzen Stadt und ihrer Gäste sein kann.“

Alternativen zur Umweltzone liegen aus ihrer Sicht in einer Verbesserung der Verkehrsleitung, mehr „Grünen Wellen“, der Zwischenbegrünung staubträchtiger Brachflächen und Straßenbewässerung. Sinnvoll wäre auch, bei wetterbedingt drohender Grenzwertüberschreitung gezielt hoch belastete Straßen für starke Emittenten (ohne grüne Plakette) zu sperren. Ein solches dynamisches Verkehrssystem für kritische Tage wirkt zielgenauer als eine ganzjährig starr geltende Umweltzone und ist vergleichbar mit der, vielen Autofahrern noch aus den 80er/90er Jahren bekannten, „Smog-Plakette“. Die technischen Voraussetzungen

dafür sind in Zusammenarbeit mit dem Umweltforschungszentrum bereits gegeben.

Stadträtin Dr. Heymann zieht folgendes Fazit: „Durch den wenig ambitionierten und zum Teil nicht umgesetzten Luftreinhalteplan von 2005 sollen die Leipziger und ihre Besucher nun mit einer großflächigen Umweltzone bestraft werden. Die Stadtverwaltung hat versäumt, rechtzeitig und ernsthaft alternative Konzepte zu erarbeiten. Statt dessen überlässt sie sich hilflos Rechenmodellen, die auf nur 3 Messpunkten basieren. Vorausschauende Umweltpolitik für die Leipziger ist das nicht, ganz im Gegenteil!“

+++++

„JA! zur Umwelt, NEIN! zur Zone“

Das Aktionsbündnis gegen die Einrichtung einer Umweltzone in der Stadt Leipzig wurde am 23. Juli 2009 gegründet.



Das Aktionsbündnis lehnt die Einrichtung einer Umweltzone ab und fordert, dass die Entscheidung zur Umweltzone demokratisch im Leipziger Stadtrat gefällt werden muss – und nicht als willkürlicher Verwaltungsakt.

Ziel des Aktionsbündnisses ist es, wirtschaftsverträgliche Lösungen und konsensfähige Alternativen zur Senkung der Feinstaubbelastung in der Stadt Leipzig vorzuschlagen und von der Einführung einer flächendeckenden Umweltzone in Leipzig Abstand zu nehmen.

Jeder Bürger, Unternehmer, jeder Verein, jede Organisation und Institution, der die Ziele des Aktionsbündnisses unterstützt, ist aufgefordert, das mit seiner Unterschrift zu bekunden.

Kontakt: www.starke-region.de